

Autoritarismus im demokratischen Gewand

■ REINHARD HEINISCH



Univ.-Prof. Dr. Reinhard Heinisch ist Professor für Vergleichende Österreichische Politik an der Universität Salzburg. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in der empirischen Demokratie- und Populismusforschung. Er ist Autor von über 100 Publikationen, darunter 14 Bücher, und erhielt 2017 den Wissenschaftspreis des Österreichischen Parlaments. Seit 2009 ist er assoziierter Wissenschaftler an der University of Pittsburgh und seit 2014 Gastlektor an der Renmin University of China (RUC) in Beijing.

Die liberale Demokratie stirbt nicht durch plötzlichen Umsturz, sondern durch Erosion infolge von Gewöhnung, Schweigen und Gleichgültigkeit. Österreich ist dafür exemplarisch.

Die Demokratie, so scheint es, befindet sich in einem Zustand permanenter Erschöpfung. Schon in den 1970er-Jahren diagnostizierte der deutsche Philosoph Jürgen Habermas eine „Legitimationskrise im Spätkapitalismus“, während der französische Soziologe Michel Crozier gemeinsam mit dem amerikanischen Politikwissenschaftler Samuel P. Huntington und ihrem japanischen Kollegen Joji Watanuki von einer „Überlastung der Demokratie“ sprachen. Nach dem Ende des Kalten Krieges wendete sich der Diskurs von der Systemkonkurrenz zur Selbstkritik: Der britische Politikwissenschaftler und Soziologe Colin Crouch prägte 2004 den Begriff der „Postdemokratie“, um die schleichende Entleerung demokratischer Verfahren durch mediale Inszenierung und ökonomische Interessen zu beschreiben.

Heute, ein halbes Jahrhundert später, scheint sich diese Diagnose in veränderter Form zu bestätigen. Die liberale Demokratie steht nicht mehr nur unter dem Druck ökonomischer Entfremdung, sondern unter direktem politischem Beschuss – durch autoritäre Bewegungen, die demokratische Institutionen rhetorisch bejahen, um sie inhaltlich auszuhöhlen. Besonders Österreich bietet ein prägnantes Beispiel dafür, wie fragil liberale Errungenschaften unter dem Druck populistischer Mobilisierung werden.

Nährboden Postdemokratie

Crouch beschrieb die Postdemokratie als eine Phase, in der demokratische Institutionen formal weiterbestehen, die politische

Macht jedoch zunehmend in den Händen weniger Akteure konzentriert ist. Wahlen werden zu PR-gesteuerten Ritualen, während reale Entscheidungen im Zusammenspiel von Politik, Wirtschaft und Medien getroffen werden.

Diese Diagnose beschreibt den Nährboden für den Aufstieg des modernen Rechtspopulismus. Bewegungen wie die FPÖ in Österreich oder die Lega in Italien knüpfen an die verbreitete Skepsis gegenüber den „Kartellparteien“ an. Sie behaupten, die „wahre Demokratie“ wiederherzustellen, indem sie sich direkt auf den „Volkswillen“ berufen.

Damit verschiebt sich der normative Kern des demokratischen Selbstverständnisses: Nicht mehr die rechtsstaatliche Begrenzung von Macht steht im Zentrum, sondern die unbedingte Durchsetzung eines vermeintlich homogenen Volkswillens. Die Formel des FPÖ-Politikers Norbert Hofer – „Das Recht geht vom Volk aus“ – illustriert diese Umdeutung. In der liberalen Demokratie schützt das Recht den Einzelnen vor der Mehrheit; im populistischen Diskurs schützt die Mehrheit sich vor der Vielfalt der anderen.

Kartellparteien und Populisten

Die Transformation der westlichen Parteiendemokratien zu „Kartellparteien“, wie sie die Parteienforscher Richard S. Katz und Peter Mair nannten, ist eine der zentralen Voraussetzungen für das populistische Erstarken. Parteien, die zunehmend staatlich finanziert werden und ihre gesellschaftliche Verwurzelung verlieren,

erscheinen den Bürgern als geschlossene Machtzirkel.

In Österreich wurde dieses Misstrauen durch jahrzehntelange Formen der Proporzpolitik und Patronage verstärkt. SPÖ und ÖVP verloren seit den 1980er-Jahren massiv an Wählerbindung, ohne die politische Kontrolle aufzugeben. Das Resultat ist eine Legitimationslücke, die sich populistisch füllen lässt.

Parallel dazu schwindet das Sozialkapital, das die Demokratie trägt. Der US-Politikwissenschaftler Robert Putnam beschrieb in seinem Buch „Bowling Alone“ den Verlust zivilgesellschaftlicher Netzwerke als Ursache demokratischer Apathie. Sein deutscher Kollege Ingolfur Blühdorn spricht von einer „simulativen Demokratie“, in der Bürger Beteiligung performativ nachahmen, ohne reale Verantwortung zu übernehmen. Diese Diagnose trifft auch auf Österreich zu: hohe Zustimmung zur Demokratie in Umfragen, aber sinkende Wahlbeteiligung, Vertrauensverlust und wachsende Affinität zu autoritären Einstellungen.

Pandemie als Stresstest

Die Covid-19-Pandemie fungierte als Stresstest für das demokratische Selbstverständnis vieler Staaten. In Österreich zeigte sich dabei eine deutliche Spannung zwischen rechtlicher Form und politischem Habitus. Während Deutschland versuchte, Maßnahmen stets verfassungsrechtlich zu legitimieren, dominierte in Österreich eine paternalistische Rhetorik.

Wenn schon vor der Pandemie ein FPÖ-Innenminister erklärt, „das Recht müsse der Politik folgen“, oder ein Bundeskanzler juristische Kontrolle als „Spitzfindigkeit“ abtut, dann offenbart sich eine schwache Verankerung des Rechtsstaatsgedankens in der politischen Kultur. Zwar wurden viele Maßnahmen später vom Verfassungsgerichtshof korrigiert, doch der Schaden für das Vertrauen in die Demokratie war beträchtlich.

Die Pandemie machte sichtbar, was der Berliner Politikwissenschaftler Wolfgang Merkel als „Erosion der eingebetteten

Demokratie“ beschreibt: Die Balance zwischen Effektivität, Freiheit und Kontrolle ist fragiler geworden. Wo Krisenmanagement als Ausnahmezustand gedeutet wird, gerät der Rechtsstaat unter Rechtsfertigungsdruck.

Normalisierung des Illiberalismus

Die demokratische Regression ist ein gesamteuropäisches Phänomen. Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán bezeichnet sein System offen als „illiberale Demokratie“, in der nationale Homogenität Vorrang vor liberalen Rechten habe. Auch in Polen, der Türkei oder Serbien haben sich Regierungen etabliert, die demokratische Institutionen formell bewahren, aber systematisch schwächen – ein Muster, das Steven Levitsky und Lukan A. Way als „kompetitiven Autoritarismus“ beschreiben.

Diese Regime legitimieren Machtkonzentration mit dem Argument, sie stünden dem „Volkswillen“ näher als pluralistische Eliten. Damit wird Demokratie selbst zur Quelle autoritärer Legitimation. In der Europäischen Union hat das lange zu einer gefährlichen Ambivalenz geführt: Einerseits werden Rechtsstaatlichkeit und Werte beschworen, andererseits fehlt es an politischem Willen, Verstöße konsequent zu sanktionieren.

Auch Österreich steht in diesem Spannungsfeld. Die wiederkehrende Nähe mancher politischen Akteure zur ungarischen Fidesz-Ideologie zeigt, dass Illiberalismus längst kein Randphänomen mehr ist, sondern Teil einer europäischen Realität.

Österreichs autoritäre Unterströmung

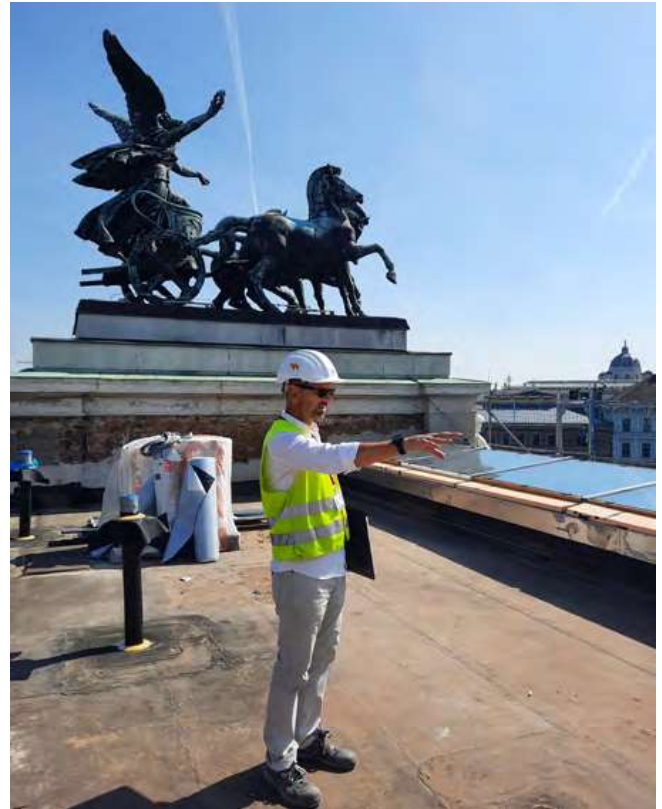
Österreich trägt eine ambivalente politische Erbschaft. Einerseits eine republikanische, sozialpartnerschaftliche und rechtsstaatliche Tradition; andererseits ein latentes Obrigkeitsdenken, das auf den Austrofaschismus und die lange Phase der Nachkriegsproporzlogik verweist.

Diese autoritäre Unterströmung zeigt sich

■ Die liberale Demokratie steht nicht mehr nur unter dem Druck ökonomischer Entfremdung, sondern unter direktem politischem Beschuss durch autoritäre Bewegungen.

Quo vadis, Demokratie?
Das Parlament, eine Baustelle –
Sinnbild für die Erschöpfung, unter
der unser demokratisches System
(nicht nur, aber auch in Österreich)
leidet. © wm

■ Die Parteipolitik in Österreich erscheint vielfach als selbstreferenzielles System, das mehr mit Machterhalt als mit gesellschaftlicher Erneuerung beschäftigt ist.



in der politischen Sprache wie in der Erwartungshaltung vieler Bürger. Politik wird nicht als Aushandlung, sondern als Verwaltung verstanden; Verantwortung wird an Autoritäten delegiert. Populistische Bewegungen profitieren von dieser Kultur, indem sie Führung als Erlösung präsentieren.

Die FPÖ inszeniert sich als Stimme der „normalen Menschen“, doch ihre Rhetorik basiert auf Exklusion: Wer nicht Teil des „Volkes“ ist, wird als Bedrohung dargestellt. Diese Strategie verschiebt den Diskurs – auch Parteien der Mitte übernehmen zunehmend Themen und Tonlagen, um populistische Wähler zurückzugewinnen. So wird das Illiberale schleichend normalisiert.

Ursachen autoritärer Dynamik

Der Aufstieg illiberaler Bewegungen in gefestigten Demokratien hat mehrere strukturelle Ursachen, die in ihrer Wechselwirkung ein komplexes Muster demokratischer Erosion ergeben. Sozioökonomische Unsicherheit, ausgelöst durch Globalisierung, Migration und Digitali-

sierung, erzeugt in breiten Bevölkerungsschichten das Gefühl eines schwindenden Kontroll- und Gestaltungsraums. Wie das amerikanisch-britische Politologen-Duo Robert F. Inglehart und Pippa Norris zeigen, führt diese Kombination aus ökonomischem Druck und kulturellem Wandel zu einem tiefen Unbehagen gegenüber den Eliten und zu einem Rückzug in nationale oder traditionelle Identitäten. Verstärkt wird dieser Prozess durch eine zunehmende kommunikative Polarisierung.

In den sozialen Medien entstehen geschlossene Resonanzräume, in denen Emotionen und Affekte die Funktion öffentlicher Rationalität ersetzen. Der politische Diskurs verliert an Tiefe, während moralische Empörung und identitäre Selbstbestätigung dominieren – eine Dynamik, die der Harvard-Professor Cass Robert Sunstein als „Echo-Kammer-Effekt“ beschreibt. Schließlich kommt eine institutionelle Ermüdung hinzu: Dauerkoalitionen, parteipolitische Skandale und bürokratische Verfahren nähren den Eindruck, Demokratie sei langsam, ineffizient und korrupt.



■ Demokratie ist kein unveränderlicher Zustand, sondern ein Prozess der Selbstprüfung. Sie überlebt nur, wenn Bürgerinnen und Bürger, politische Eliten und Institutionen ihre Fragilität anerkennen und daraus die Verpflichtung zur Erneuerung ableiten.

Demokratie ist kein Automatismus

In Österreich bündeln sich diese Faktoren in besonderer Weise. Die Parteipolitik erscheint vielfach als selbstreferenzielles System, das mehr mit Machterhalt als mit gesellschaftlicher Erneuerung beschäftigt ist. Gleichzeitig sinkt das Vertrauen in Medien, Justiz und Parlamente – jene Institutionen also, die das Gleichgewicht der Demokratie sichern sollten. Dieses Klima des Misstrauens öffnet Raum für Bewegungen, die einfache Antworten auf komplexe Probleme versprechen und dabei bereit sind, rechtsstaatliche Prinzipien zugunsten vermeintlicher Effizienz oder nationaler Stärke infrage zu stellen.

Wolfgang Merkel hat darauf hingewiesen, dass die Stabilität demokratischer Systeme nicht allein von ihren Institutionen abhängt, sondern von ihrer gesellschaftlichen Einbettung. Demokratie braucht Vertrauen, Konfliktfähigkeit und soziale Sicherheit. Wo diese Voraussetzungen bröckeln, wächst der autoritäre Reflex.

Für Österreich bedeutet das: Die Verteidigung der liberalen Demokratie ist nicht nur Aufgabe von Gerichten und Parla-

menten, sondern auch der politischen Bildung, der Medien und einer engagierten Zivilgesellschaft. Demokratie ist kein Automatismus, sondern eine Praxis, die täglich erneuert werden muss.

Zerbrechlich durch Ignoranz

Die liberale Demokratie stirbt nicht durch einen plötzlichen Umsturz, sondern durch Erosion – durch die Gewöhnung an Illiberalität, durch das Schweigen angesichts der Aushöhlung von Verfahren, durch Gleichgültigkeit.

Österreich steht hier exemplarisch für eine westliche Demokratie, die sich ihrer Errungenschaften sicher glaubt, aber deren kulturelle Fundamente brüchig geworden sind. Der Schutz der Demokratie ist nie von vornherein gegeben und beginnt dort, wo sie als gefährdet erkannt wird.

Demokratie ist kein unveränderlicher Zustand, sondern ein Prozess der Selbstprüfung. Sie überlebt nur, wenn Bürgerinnen und Bürger, politische Eliten und Institutionen ihre Fragilität anerkennen und daraus die Verpflichtung zur Erneuerung ableiten. ■